

# KDFB – INFORMATIONEN 3/2008



## Aus Verbänden und Organisationen

### AGIA

- 2 AGIA fordert deutliche Kindergelderhöhung

### AG Kath

- 2 Nachwahlen zum Präsidium

### BDKJ

- 3 Mehr Rechte für Frauen

### Caritasverband

- 3 Mehr Familienfreundlichkeit

### Deutscher Frauenrat

- 4 CEDAW Schattenbericht

### Familienverbände

- 6 Niedrigere Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte
- 6 Familienbund fordert Kindergelderhöhung um mindestens 28 Euro

### Hildegardis-Verein

- 7 Marie-Luise Köhler würdigt Mentoring-Programm

### kfd

- 7 Neue Bundesvorsitzende
- 8 Neues Leitbild

### Müttergenesungswerk (MGW)

- 8 Zu wenig Frauen kennen Mütterkuren

### SkF

- 8 Schwangerschaft und PND
- 9 Was sind uns Kinder wert?

### Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

- 10 „Skandal“ der Spätabtreibungen beenden
- 10 ZdK protestiert gegen Verhalten der Barmer Ersatzkasse

## I M P R E S S U M

### Herausgeber:

Katholischer Deutscher Frauenbund  
- Bundesgeschäftsstelle -  
Kaesenstraße 18 - 50677 Köln  
Telefon: (0221) 86092-0  
Fax: (0221) 86092-79  
Email: bundesverband@frauenbund.de  
Internet: www.frauenbund.de

### Redaktion:

Gabriele Klöckner  
gabriele.kloeckner@t-online.de

### AGIA

#### **AGIA fordert deutliche Kindergelderhöhung ab dem ersten Kind**

Die „Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende“ (AGIA) fordert eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes – und zwar ab dem ersten Kind. Nach Veröffentlichung des nächsten Existenzminimumsbericht im Herbst will die Bundesregierung das Kindergeld erhöhen. Zurzeit wird aber diskutiert, dieses Geld zu staffeln und den Betrag mit jedem weiteren Geschwisterkind zu steigern.

Der kürzlich veröffentlichte Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeige, dass die Armutsquote in Alleinerziehenden- Haushalten mit 24 Prozent deutlich höher liege als bei Paaren mit drei und mehr Kindern, bei denen sie 13 Prozent betrage. 2006 lebten in Deutschland 1,6 Millionen Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern im Vergleich zu 847.000 Paaren mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren.

Damit die Kindergelderhöhung an den meisten Ein-Eltern-Familien nicht vorbeigeht, fordert die AGIA, das Kindergeld vom ersten Kind an deutlich zu erhöhen. Von einer solchen Reform würden die Paarfamilien mit drei und mehr Kindern ebenfalls profitieren. Das Kindergeld sollte nach Vorstellung der AGIA auf den Betrag angehoben werden, der der maximalen Entlastungswirkung des Steuerfreibetrages entspricht (derzeit circa 230,00 Euro monatlich).

Mitglieder der AGIA sind die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF), die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) und die Katholische BAG Familienbildung.

### Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen

#### **Mitgliederversammlung der AG Kath mit Nachwahl**

Bei einer Nachwahl für das Präsidium der „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Frauenverbände und -gruppen“ (AG Kath) hat sich die Mitgliederversammlung für den „Kreis Katholischer Frauen im Heliand-Bund“ entschieden. Er wird gemeinsam mit dem Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) und der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) die Arbeitsgemeinschaft leiten. Die drei Verbände werden im Präsidium durch Marcella Hien (Vizepräsidentin des KDFB), Maria Theresia Opladen (neu gewählte Bundesvorsitzende der kfd) und Gertrud Singer (Heliand-Bund) vertreten.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde die ehemalige kfd-Bundesvorsitzende Magdalena Bogner verabschiedet, die bisher dem Präsidium angehörte. Marcella Hien würdigte ihr hohes und langjähriges Engagement.

Die AG Kath besteht seit 1950. Ihr gehören 20 katholische Frauenverbände und -gruppen mit insgesamt rund einer Million Mitgliedern an.

### Bund der deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

#### **BDKJ: Mehr Rechte für Frauen in der Kirche**

Altenberg (KNA) Mehr Verantwortung und Gleichberechtigung für Frauen in der Kirche fordert der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Immer noch würden Frauen auf bestimmte Rollen reduziert und mit ihren Befähigungen nicht ernst genommen, sagte die BDKJ-Bundesvorsitzende Andrea Hoffmeier in Altenberg. Dadurch gehe der Kirche ein großes Potenzial verloren. Gerade junge Frauen wendeten sich immer mehr von ihr ab, so Hoffmeier.

Die Delegierten der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz forderten klare Paritätsregelungen in allen kirchlichen Gremien, Frauen in verantwortlichen Entscheidungspositionen sowie gleichberechtigte Teilhabe bei der Gestaltung kirchlichen Lebens. Zugleich müsse Kirche auch für Frauen attraktiver werden, die erwerbstätig, alleinstehend, in unterschiedlichen Beziehungsformen, Mutterschaft oder Kinderlosigkeit leben.

Der BDKJ ist Dachverband von 15 katholischen Kinder- und Jugendverbänden mit rund 650.000 Mitgliedern.

*(KNA – 24. April 2008)*

### Deutscher Caritasverband

#### **Deutsche Caritas will für mehr Familienfreundlichkeit sorgen**

Freiburg (KNA) Der Deutsche Caritasverband will seinen bundesweit rund 500.000 Mitarbeitern mehr Hilfen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbieten. Es stehe der Caritas gut an, nicht nur von anderen familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu fordern, sondern auch selbst entsprechende Schritte zu gehen, sagte Caritaspräsident Peter Neher auf Anfrage in Freiburg. Daher sollten die in der Zentrale des Verbandes gewonnenen Erfahrungen aus einem Modellprojekt an alle Einrichtungen weitergegeben werden.

Beispielsweise wurde in Freiburg ein Eltern-Kind-Büro eingerichtet, so dass Eltern in Einzelfällen ihr Kind mit zur Arbeit bringen können. Unterstützung gibt es auch beim Organisieren einer spontanen Aushilfe für Kinderbetreuung. „Gute Erfahrungen haben wir zudem mit unserem Freizeitprogramm für Kinder gemacht, das wir zum Beispiel mit der Unterstützung verrenteter Mitarbeiter in den Ferienzeiten anbieten“, so Neher.

Der Caritaspräsident betonte, dass sich künftig kein Unternehmen diesen Fragen entziehen könne. Das gleiche gelte auch für die Betreuung und Pflege von älteren Angehörigen von Mitarbeitern. „Schon wegen des zu erwartenden Fachkräftemangels wird das ein zentrales Thema werden“, so Neher.

*(KNA – 16. September 2008)*

### Deutscher Frauenrat

## CEDAW Schattenbericht: Allianz von Frauenorganisationen aus Deutschland präsentiert Forderungen in New York

### Stärkung der Gleichstellung bei den Vereinten Nationen erfolgreich auf den Weg gebracht – KDFB am Schattenbericht beteiligt

Im Juni 2007 hat die Bundesregierung den „Sechsten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)“ vorgelegt. Seitdem bemüht sich eine Allianz von 28 deutschen Frauenorganisationen und -verbänden, zu denen auch der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) gehört, diesen Bericht kritisch zu analysieren und in einem sogenannten Schattenbericht ihre eigene Sichtweise im Hinblick auf das Regierungshandeln darzustellen.

Am 21. Juli tagte in New York eine Arbeitsgruppe des CEDAW-Ausschusses, um sich auf die Vorstellung des 6. Staatenberichtes der Bundesrepublik Deutschland vorzubereiten. Vertreterinnen der Allianz präsentierten ihre Forderungen und Kritikpunkte zu dem Regierungsbericht. Die Ausschussmitglieder würdigten das Engagement und die Arbeit der deutschen NROs (Nichtregierungsorganisationen). Der endgültige Schattenbericht wird am 15. Dezember in Berlin vorgestellt. Der KDFB, der von Geschäftsführerin Christiane Fuchs-Pellmann vertreten wird, ist am Kapitel Frauen und Arbeitsmarkt beteiligt. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite des Deutschen Frauenrats [www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)

Mit Erstaunen wurde vom CEDAW-Ausschuss in New York zur Kenntnis genommen, dass in einem so hoch entwickelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland Gleichstellungspolitik einen geringen Stellenwert einnimmt. Nach Einschätzung der Allianz konzentriert sich das Regierungshandeln fast ausschließlich auf Familienpolitik. Die Verpflichtung zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting wird nicht erfüllt.

Die UN-Expertinnen befragten die Vertreterinnen der Allianz zur Anti-Diskriminierungsstelle, deren Unabhängigkeit, Transparenz und Effizienz, die von den NROs kritisch bewertet wird. Auf Nachfrage erklärte die Allianz, dass bei der Erstellung des Regierungsberichtes keinerlei Konsultationen mit der Zivilgesellschaft stattgefunden haben. Eine solche Beteiligung hatte der CEDAW Ausschuss explizit empfohlen. Die Forderung des Ausschusses nach einer weiten Verbreitung des Übereinkommens und seiner Regelungen blieb nach Einschätzung der Frauenorganisationen ebenso unberücksichtigt. Die Vertreterinnen der Allianz benannten Defizite in der Stärkung der Frauenrechte und der Umsetzung von CEDAW vor dem Ausschuss und unterbreiteten Vorschläge für die Stärkung der Frauenrechte in der Bundesrepublik. Im Januar 2009 wird der Regierungsbericht in Genf ausführlich verhandelt werden. Vertreterinnen der Allianz werden auch an dieser Sitzung teilnehmen.

Die Zusammenfassung des Alternativberichtes (executive summary) sowie die Vorschläge der Allianz sind veröffentlicht auf der Internetseite [www.cedaw-alternativbericht.de](http://www.cedaw-alternativbericht.de)

### **CEDAW und die Durchsetzung von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe**

Der CEDAW-Ausschuss ist der UN-Frauenrechtsausschuss und verantwortlich für die Einhaltung und Implementierung der UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW).

Die Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (meist bezeichnet mit der englischen Abkürzung CEDAW) ist ein internationales Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen. Sie wurde am 18. Dezember 1979 verfasst und von Deutschland am 10. Juli 1985 ratifiziert. Das Ziel der CEDAW ist, jede Form von Diskriminierung von Frauen zu beseitigen bzw. zu verhindern. Sie erstreckt sich auf alle Lebensbereiche (Art.3), aber hebt insbesondere den Bildungsbereich, das Berufsleben und das Gesundheitswesen hervor. CEDAW versteht folglich Gleichstellung als eine Querschnittsaufgabe, deren Umsetzung sich nicht in einem Diskriminierungsverbot für einzelne Lebensbereiche wie z.B. Ehe und Familie erschöpft. Die Konvention setzt damit rechtliche Standards und formuliert Ziele für nationale Gleichstellungspolitiken, zu denen sich auch die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat verpflichtet hat.

Zur Überprüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Abkommens ist der Ausschuss für die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen eingerichtet worden. Dieser Ausschuss beschäftigt sich hauptsächlich mit den Staatenberichten, die die Vertragsstaaten alle vier Jahre vorlegen müssen. Diese Berichte beinhalten einen Überblick über die von der jeweiligen Regierung verfolgte Gleichstellungspolitik. Für den Bericht der Bundesrepublik Deutschland ist das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend zuständig. Im Juni 2007 ist der sechste CEDAW-Bericht der Bundesrepublik Deutschland erschienen.

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind in das Verfahren zur Überprüfung der Staatenberichte eingebunden. Sie können in diesem Rahmen dem Ausschuss zusätzliche Informationen unterbreiten und kritische Nachfragen an die jeweilige Regierung anregen. Die NGOs erstellen dafür zumeist sogenannte Schattenberichte, in denen sie ihre Sicht der gleichstellungspolitischen Maßnahmen und Situation im Lande beschreiben. Auch wenn sich die NGOs eine noch bessere Beteiligung wünschen, hat die Veröffentlichung der Schattenberichte eine gewisse Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit für Gleichstellungsanliegen hergestellt.

Das Staatenberichtsverfahren endet mit den abschließenden Bemerkungen des Ausschusses zu dem jeweiligen Landesbericht. Diese abschließenden Bemerkungen enthalten Handlungsempfehlungen für Bereiche in denen der Ausschuss besorgniserregende Entwicklungen beobachtet.

### Familienverbände / Familienbund der deutschen Katholiken

#### Niedrigere Mehrwertsteuer auf Kinder-Produkte

Berlin (KNA) Produkte und Dienstleistungen für Kinder sollen nach den Vorstellungen der größten deutschen Familienverbände mit einer niedrigeren Mehrwertsteuer belastet werden. Familien müssten einen unverhältnismäßig hohen Anteil ihres Einkommens für Verbrauchsgüter ausgeben, kritisierte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienverbände (AGF), Elisabeth Bußmann. Sie verwies darauf, dass es in vielen europäischen Ländern bereits entsprechend niedrigere Steuersätze auf Kinderprodukte gebe. Die Postkarten-Kampagne soll im Rahmen des Weltkindertages in Berlin gestartet werden.

*(KNA – 18. September 2008)*

#### Familienbund fordert Kindergelderhöhung um mindestens 28 Euro

Berlin (KNA) Der Familienbund der Katholiken hat eine deutliche Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergeldes gefordert. Die derzeit diskutierten zehn Euro pro Kind seien viel zu wenig, sagte die Präsidentin Elisabeth Bußmann in Berlin. Die Bundesregierung habe seit 2002 weder den Kinderfreibetrag noch das Kindergeld erhöht, dabei seien die Lebenshaltungskosten für ein Kind inzwischen um rund 18 Prozent gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt der Familienbund anhand eines eigenen Existenzminimumberichts.

Der Familienbund forderte, den Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2009 um rund 1.000 Euro auf 6.829 Euro anzuheben und das Kindergeld um 28 Euro für das erste bis dritte und um 32 Euro für jedes weitere Kind zu erhöhen. Langfristig setzt sich der größte deutsche Familienverband für einen einheitlichen Steuerfreibetrag von Erwachsenen und Kindern in Höhe von 8.000 Euro und ein Kindergeld in Höhe von 300 Euro ein.

Bußmann warnte die Bundesregierung davor, die Lebenshaltungskosten von Kindern in ihrem nächsten Existenzminimumbericht künstlich niedrig zu rechnen und Eltern die ihnen zustehende finanzielle Entlastung zu verweigern. „Eltern haben ein Recht darauf, keine Steuern auf den Lebensunterhalt ihrer Kinder zahlen zu müssen“, sagte sie.

In der großen Koalition gibt es weiter Streit über die für 2009 geplante Kindergelderhöhung. Sie hängt vom Existenzminimumbericht ab, den das Finanzministerium im Oktober vorlegen will. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigt sich offen für eine Erhöhung um zehn Euro. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) wirbt hingegen für ein gestaffeltes Kindergeld, mit dem dritte und weitere Kinder stärker gefördert werden sollten. Die SPD äußert sich kritisch gegenüber weiteren Geldleistungen und spricht sich dafür aus, zumindest ein Teil der Mittel in Bildung und Betreuungseinrichtungen zu investieren. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hat zudem einen Kindergrundfreibetrag statt des bisherigen Freibetrags ins Gespräch gebracht.

*(KNA – 24. September 2008)*

### Hildegardis-Verein

#### Eva-Luise Köhler würdigt Programm für behinderte Studentinnen

Berlin (KNA) Die Frau des Bundespräsidenten, Eva Luise Köhler, hat das bundesweit erste Mentoring-Programm für Studentinnen mit Behinderung begrüßt. Köhler empfing Mitte September Vertreterinnen des Hildegardis-Vereins und der Conterganstiftung im Berliner Schloss Bellevue. Sie sprach von einem „hervorragenden Projekt“.

Es sieht vor, dass ältere Akademikerinnen jüngere fünf Jahre auf dem Bildungsweg begleiten. Teilnehmen können sowohl behinderte und nicht-behinderte Studentinnen als auch behinderte und nicht-behinderte Frauen und Männer mit abgeschlossenem Hochschulstudium. Das knapp 860.000 Euro teure Programm „Empowerment durch Mentoring“ wird vom katholischen Hildegardis-Verein in Bonn durchgeführt.

Nach einer Erhebung der Organisation studieren behinderte Frauen deutlich seltener als nicht-behinderte. Grund sei die oft prekäre Finanzsituation sowie mangelnde individuelle Begleitung.

*(KNA – 16. September 2008)*

### Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

#### Maria Theresia Opladen neue Bundesvorsitzende der kfd

(kfd) Die Bundesversammlung der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) hat Mitte Juni die Rechtsanwältin Maria Theresia Opladen zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die 60-jährige Maria Theresia Opladen löst damit nach elf Jahren Magdalena Bogner ab, die ein Jahr vor Ende der regulären Amtszeit den Vorsitz abgab.

Der ehemaligen Landtagsabgeordneten und Kommunalpolitikerin aus Bergisch Gladbach sind die Strukturen und Handlungsabläufe in Politik und Gesellschaft, aber auch in Kirche und Verbänden auf verschiedenen Ebenen bestens vertraut. Sowohl als Abgeordnete der Stadt Bergisch Gladbach im Landtag NRW als auch als hauptamtliche Bürgermeisterin der Stadt Bergisch Gladbach, hat sie Interessenvertretung und Einflussnahme auf Entscheidungsträger in vielen Gremien wahrgenommen. Von 1996 bis 2004 war Opladen Mitglied des Präsidiums Städte- und Gemeindebund NRW sowie dessen Vizepräsidentin.

### kfd mit neuem Leitbild

Die Delegiertenversammlung der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) hat Mitte Juni in Mainz ein neues Leitbild verabschiedet. Die zehn Leitbildsätze lauten:

- kfd – als katholischer Frauenverband eine kraftvolle Gemeinschaft.
- kfd – eine starke Partnerin in Kirche und Gesellschaft.
- kfd – ein Frauenort in der Kirche, offen für Suchende und Fragende.
- Wir machen die bewegende Kraft des Glaubens erlebbar.
- Wir setzen uns ein für die gerechte Teilhabe von Frauen in der Kirche.
- Wir schaffen Raum, Begabungen zu entdecken und weiterzuentwickeln.
- Wir stärken Frauen in ihrer Einzigartigkeit und in ihren jeweiligen Lebenssituationen.
- Wir engagieren uns für gerechte, gewaltfreie und nachhaltige Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Einen Welt.
- Wir handeln ökumenisch und lernen mit Frauen anderer Religionen.
- Wir fördern das Miteinander der Generationen.

### Müttergenesungswerk

#### Müttergenesungswerk: Zu wenig Frauen kennen Mütterkuren

Das Müttergenesungswerk beklagt eine mangelnde Information von Müttern über Kurmöglichkeiten. Notwendig sei mehr Aufklärungsarbeit, sagte Geschäftsführerin Anne Schilling in Berlin. Viele Frauen wüssten gar nicht, dass es Mütterkuren gebe und sie diese in Anspruch nehmen könnten, selbst wenn ihre Kinder schon älter seien. Erfahrungsgemäß dächten Mütter immer zuerst an ihre Kinder und die Familie und zu wenig an sich selbst, so Schilling. Auf eine Mütterkur haben bei ärztlicher Indikation alle Mütter Anspruch, die in Erziehungsverantwortung stehen. Dabei gibt es keine Altersbegrenzung. Das Müttergenesungswerk ist bundesweit der einzige Anbieter von Mütterkuren.

*(KNA – 24. Juli 2008)*

### Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)

#### Hauptsache gesund? – Schwangerschaft und PND

##### SkF unterstützt frühzeitige Beratung vor pränataldiagnostischen Maßnahmen

Dortmund. Auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Dortmunder Katholikentages am 30. August 2008 setzte sich der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) für eine frühzeitige und unabhängige psychosoziale Beratung von werdenden Eltern vor pränataldiagnostischen Maßnahmen ein. Eine aktuelle Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigt, dass mittlerweile 85% aller Schwangeren pränataldiagnostische Maßnahmen durchführen lassen um sicherzugehen, dass ihr Kind gesund ist. In keinem anderen Land Europas werden mehr Schwangerschaftsuntersuchungen durchgeführt als in Deutschland. Das Bedürfnis werdender Eltern, aber

auch der auf ihnen lastende soziale Druck, bereits während der Schwangerschaft alles für ein gesundes Kind zu tun, ist groß.

Dies weiß auch Gisela Pingen-Rainer, Fachreferentin für Pränataldiagnostik in der Bundeszentrale des SkF mit Sitz in Dortmund. „Paare sollten bereits sehr früh die Chance erhalten, sich mit dem Thema Pränataldiagnostik (PND) auseinanderzusetzen um eine Haltung hierzu zu finden. Am besten bereits vor der Familienplanung. Denn bei einem auffälligen Befund nach einer PND, d.h. wenn das Kind krank oder behindert ist, müssen Eltern oft sehr kurzfristig Entscheidungen über das Leben des Kindes treffen, die sie in dieser Situation völlig überfordern.“

Sehr gute Erfahrungen hat der SkF mit speziellen Sprechstunden der Schwangerschaftsberatung in Krankenhäusern gemacht. Denn die Erfahrung zeigt, viele Paare bleiben mit ihren Sorgen und Ängsten nach einer Diagnose allein, sie „finden nicht den Weg“ vom Arzt zu einer Beratungsstelle außerhalb des PND-Zentrums. In der Klinik wird den Eltern nach Erhalt des Befundes - dank guter Kooperation mit den Ärzten – das Gespräch in der Beratungsstelle empfohlen. Steht bei der ärztlichen Diagnose der Befund des Kindes im Mittelpunkt, ist es hier das Befinden der Eltern, die Raum zur persönlichen Auseinandersetzung und Unterstützung für eine tragfähige Entscheidung erhalten.

Gisela Pingen-Rainer stellt klar, dass auch von den katholischen Beratungsstellen ergebnisoffen beraten wird, die Eltern sollen ihren eigenen Weg finden. Entscheiden sie sich gegen das Kind, begleitet sie die Beraterin in ihrem Trauerprozess. Pränataldiagnostische Untersuchungen finden in der Regel nach der 12. Schwangerschaftswoche statt. Bei einem Befund des Kindes ist dann nur ein Schwangerschaftsabbruch mit medizinischer Indikation möglich d.h. wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Diese Entscheidung muss von einem Arzt getroffen werden.

## Was sind uns Kinder wert?!

### **SkF fordert zum Weltkindertag deutliche Verbesserungen für Kinder aus armen Familien**

Dortmund/Berlin. Der Bundesvorstand des Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) sprach sich anlässlich seiner Tagung am 15./16. September 2008 in Berlin mit Blick auf den Weltkindertag am 20. September für eine deutliche Verbesserung der Situation und der Chancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien aus. Gesundheit, Schutz, Förderung, Bildung und Beteiligung sind laut UN-Konvention Grundrechte aller Kinder. Ein selbstverständlicher Alltag sind sie für Kinder aus armen Familien in Deutschland allerdings nicht. Ihre Chancen auf eine gute Zukunft jenseits der Armutsspirale sind stark eingeschränkt.

Als unerlässliche Voraussetzung für einen guten Start ins Leben sieht der SkF die Vermeidung emotionaler Verwahrlosung, durch die die negativen Auswirkungen prekärer Lebensverhältnisse vor allem in den ersten Lebensjahren eines Kindes gemildert werden. Dazu gehören nicht nur ein gutes Familienklima mit einer positiven Eltern-Kind-Beziehung, sondern auch stabile familiäre und soziale Bindungen. Insbesondere ein förderndes Verhalten der Eltern und des Umfeldes, das eine gute Bildungsatmosphäre schafft und Bildung als Wert vorlebt, sind unverzichtbar für eine gute Entwicklung von Kindern.

Doch das allein reicht nicht. „Kindern aus armen Familien muss ein besserer Zugang zu Bildung ermöglicht werden. Sie ist der wesentliche Baustein, der eine Vererbung von Armut über Generationen hinweg verhindert“, fordert Maria Elisabeth Thoma, Bundesvorsitzende des SkF, im Namen des Bundesvorstandes.

### Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

#### ZdK: „Skandal“ der Spätabtreibungen beenden

Bonn (KNA) Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) verlangt eine gesetzliche Regelung zu Spätabtreibungen noch in dieser Legislaturperiode. Das oberste Gremium der katholischen Laien forderte die Bundestagsabgeordneten auf, einen von der Unionsfraktion geplanten Gruppenantrag zu unterstützen. Die bestehenden Bestimmungen des Gendiagnostikgesetzes reichen nicht aus, um den Skandal der Spätabtreibungen zu vermeiden.

Als Spätabtreibungen gelten Schwangerschaftsabbrüche nach der 23. Schwangerschaftswoche. In den vergangenen Jahren wurden deutschlandweit jährlich rund 200 Fälle verzeichnet, in der Regel nachdem Eltern von einer möglichen Krankheit oder Behinderung ihres Kindes erfahren hatten.

Mitte September hatte Fraktionschef Volker Kauder (CDU) bekräftigt, in den nächsten Wochen unter den Bundestagsabgeordneten Unterschriften für einen entsprechenden Antrag zu sammeln. Danach soll jeder Arzt, der die Behinderung eines Ungeborenen diagnostiziert, die Schwangere über medizinische und psychosoziale Aspekte des Befundes beraten und sie über das Leben mit körperlichen und geistig Behinderten aufklären. Zwischen dem Befund und dem Abbruch muss laut Entwurf zudem eine Bedenkzeit von drei Tagen liegen. Missachtet der Arzt diese Pflichten, ist ein Bußgeld von bis zu 10.000 Euro vorgesehen.

*(KNA – 12. September 2008)*

#### ZdK protestiert gegen Verhalten der Barmer Ersatzkasse

Die aktuell bekannt gewordene Praxis der Barmer Ersatzkasse, Arbeitgebern Beratung und Musterformulare zur Kündigung von Schwangeren und Schwerbehinderten zur Verfügung zu stellen, kritisiert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) scharf. Es sei ein Skandal, dass eine Krankenkasse es als ihre Aufgabe betrachte, Arbeitgebern bei der Kündigung von Versicherten, und erst recht von besonders schutzbedürftigen Personen, zu helfen, so der Hauptausschuss des ZdK am Freitag, dem 12. September 2008. Den Verantwortlichen fehlt es offensichtlich an der für eine Sozialversicherung notwendigen Sensibilität. Als zynisch wies das ZdK Aussagen eines Sprechers der Barmer Ersatzkasse zurück, hinter dem Verhalten stünden „keine bösen Absichten“, sondern die Idee, Betrieben „mit nützlichen Informationen“ zu helfen. Das ZdK fordert die Barmer Ersatzkasse auf, umgehend die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.